

Erzgebirgischer Volksfreund.

Tage- und Amtsblatt

für die Gerichtsämter Grünhain, Johanningenstadt, Schwarzenberg und Wildenfels; sowie für die Stadträte Aue, Elsterlein, Grünhain, Hartenstein, Johanningenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schwarzenberg, Wildenfels und Zwönitz.

N^o 68. Ercheint täglich mit Ausnahme des Montags. **Donnerstag, den 23. März.** Intentionsgebühren die gewöhnliche Gebühr 1 Mar. 1865.
Preis vierteljährlich 15 Ngr. — Inseraten-Annahme für die am Abend erscheinende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.

(1850)

Bekanntmachung.

Von dem hierzu beauftragten Amtsrichter Große zu Zwönitz sollen künftigen

30. März 1865,

Vormittags 9 Uhr,

im Rathhause daselbst, eine Wiege, zwei Weberstühle, ein Pianoforte und ein Sopha, gegen Baarzahlung an den Meistbietenden versteigert werden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Grünhain, den 14. März 1865.

Das Königl. Gerichtsamt.
von Scheibner.

Tr.

Tagesgeschichte.

Ein wahres Wort

zur rechten Zeit hat die „N. Frankfurter Z.“ gesprochen, wenn sie sagt: „Wenn ein Volk von mehr als 18 Millionen Menschen, wie das preussische, sein verfassungsmäßiges Recht nicht zur Anerkennung bringen, dem Verfassungsbruch nicht begegnen kann, so muß dieses Volk entweder des Verständnisses für seine Rechte ermangeln, oder es muß der Organismus des ganzen Staates ein so grundverderblicher, absolutistisch-junkerlicher sein, daß die Kräfte des Volkes vollständig gelähmt sind, dermaßen, daß aus diesem Organismus ein wahrer Verfassungsstaat ebensowenig sich entwickeln kann, wie eine Rose aus einem Distelstock. Und dies Letzte scheint uns denn allerdings der Fall. Wissen wir auch sehr wol, daß man dem Volke im preussischen Staat den lächerlichsten Dünkel, die maßloseste Selbstüberhebung gegenüber den zum Theil in freiheitlicher Entwicklung viel weiter vorangeschrittenen anderen deutschen Stämmen systematisch eingepflanzt hat, so daß es sich wirklich für besser hält, während es manchen gegenüber geringer ist, — so wird es uns doch nie einfallen zu glauben, diese unter dem hohenzollerischen Scepter zusammengefaßten Stämme oder Bruchstücke von Stämmen seien dermaßen stumpf gegen alle Freiheitsrechte, um an sich unfähig zu sein, solche Rechte zu vertheidigen. Wir erinnern nur an die Rheinländer, die Westphalen, die Ostpreußen. Bleibt somit blos der zweite Theil unserer Alternative: das ganze Staatswesen muß dermaßen auf dem Absolutismus, dem Junker- und Soldatenthum, der Bureaucratie und theilweise auch der Pfafferei beruhen, daß alle freiheitlichen Kräfte gebannt und gelähmt sind. Wir fragen nun: Beweist die Erfahrung etwa das Gegentheil, — entsprechend den hochtönenden Phrasen von dem „Berufe Preußens zur Führerschaft Deutschlands?“ Ganz gewiß nicht! Wie sehr die Doctrinäre in Preußen und im übrigen Deutschland sich auch gegen die Anerkennung sträuben: der Erfolg läßt keinen Zweifel, daß die Herren v. Bismarck, die Wagener und Genossen, die wahren und echten Repräsentanten dieses hohenzollern'schen Staatsorganismus (wenn auch ganz gewiß nicht des dem Mittelalter entwachsenen Volkes) sind. Darum finden sie immer und überall Werkzeuge zur Durchführung selbst ihrer barocksten Launen, während sogar schon der matt schillernde Liberalismus eines Schwerin sich von seinen eigenen Organen in der Staatshierarchie mußte verhöhnen lassen. Darum sind Volk und Vertretung völlig unmächtig; darum kann das budgetlose Regiment, welches jetzt schon in's vierte Jahr währt, für alle Zeiten fortdauern, bis etwa einer jener erschütternden politischen Blitze dazwischen fährt, welche veraltete Staatsorganismen mit einer Leichtigkeit zertrümmern, von welcher die meisten Menschen noch unmittelbar zuvor nicht die leiseste Ahnung haben. — Doch, wie dem sei, im einen wie im andern Falle der Alternative ist es ein Frevel gegen die herrliche deutsche Nation, wenn man ihr oder einem Theil ihrer Stämme (wie den wackeren Schleswig-Holsteinern) eine Unterwerfung unter die Krone Preußen in dieser oder jener Form zumuthen will.

Dies wäre für Preußen selbst kein Glück, für die Andern aber ein tiefes sittliches Verderben. Nicht ein noch weiter gestrecktes, immerhin absolutistisches Großpreußen (denn die Manteuffel und Bismarcke werden bleiben, wie sie bisher geblieben sind), sondern die freiheitliche Einigung Gesamtdeutschlands ist zu erzielen. Nicht die schwarz-weiße Haus-, sondern die schwarz-roth-goldene Nationalfarbe muß das Panier unserer Nation sein, — nicht eine Zerreißung unseres Vaterlandes an der Mainlinie, wol gar nebst einer Wiederholung jenes Vaterlandsverraths des Baseler Friedens mit dem Aufgeben des linken Rheinuferes, sondern ein Umfassen aller deutschen Lande ist es, was erstrebt werden muß. — Jeder Erfolg des Bismarckthums dient zur Vernichtung der Freiheit und zur Anbahnung eines Zerreißen Deutschlands. — Ebenso unbegreiflich wie unverantwortlich wäre es daher, wenn, wie dieser Tage berichtet wurde, die Mehrzahl der Angehörigen der preussischen Fortschrittspartei den preussischen Präntensionen gegenüber, welche den Erbherzogthümern ein wahres Helotenthum aufzuerlegen beabsichtigen, sich zustimmend erklären sollten. Dann hätte der Doctrinarismus wahrlich sein eigenes Urtheil gesprochen. Und die Benennung „Fortschritts- oder nationale Partei“ wäre ein sträflicher Hohn.“

Deutschland.

Oesterreich. Ueber einen am Bundestage von den Mittelstaaten in der Schleswig-holstein. Angelegenheit zu stellenden Antrag, worüber unser Volksfr. auch schon wiederholt berichtet hat, schreibt man unterm 21. März aus Wien der D. Allg. Zeit.: Während es in der letzten Zeit scheinen mochte, als werde der in Frankfurt zu stellende Antrag in der schleswig-holsteinischen Sache entweder gar nicht oder doch in einer Weise zu Stande kommen, welche wenig mehr als eine Demonstration — gewissermaßen zur Wahrung des äußern Anstands — zu bedeuten hätte, haben sich plötzlich Aussichten eröffnet, welche etwas Ernsteres erwarten lassen. Es wäre, wie ganz neuestens die Dinge sich gestaltet haben, nicht unmöglich, daß sich die Mittelstaaten zu einem Antrage einigten, welcher geradezu die endliche Erledigung der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage in Anregung brächte und direct auf den Herzog von Augustenburg als auf den zur Zeit meist- und bestlegitimierten Thronbewerber hinwiese; auch ist sicher — es sollen darüber bereits bindende Erklärungen vorliegen —, daß Oesterreich einen solchen Antrag, in welchem es seinen eigenen nach Berlin gerichteten Vorschlag der Uebertragung des einstweiligen factischen Besitzes an den Herzog Friedrich wieder aufgenommen erblickt, ohne weiteres seine Zustimmung geben würde. Die nächsten Tage werden in dieser Beziehung die Entscheidung bringen, und würde, wenn sie zu Gunsten der gedachten Voraussetzung ausfiel, noch vor Ende des Monats, also wahrscheinlich in der Bundestags-Sitzung vom 30. März, der betreffende Antrag gestellt werden. Der Bundespräsidialgesandte geht am 20. März wieder auf seinen Posten; gleichzeitig wird Graf Blome nach München zurückkehren.

Wien, 20 März. Die Situation in der Schleswig-holstein'